

Adressen- und Telefonverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 10. Dezember 1930

Nummer 99

Zur Forderung der Arbeitszeitverkürzung

Seitdem die freien Gewerkschaften für die Erleichterung der Arbeitslosigkeit das Lösungswort der Arbeitszeitverkürzung ausgaben, entspann sich begrifflicher Weise eine lebhafteste Diskussion über Möglichkeit und Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme. Allerdings verdient das, was in den Organen des Unternehmertums über diese Frage veröffentlicht wird, gewöhnlich nicht die Bezeichnung einer Diskussion. Man wird stets mehr verstärkt in der Annahme, die Unternehmer wollten zur Zeit überhaupt nicht ernstlich den Abbau der Arbeitslosigkeit, indem sie ihre machtpolitischen Absichten am besten dadurch zu fördern glauben, daß zunächst die Arbeitslosigkeit und damit die Not und das Elend weiter ansteigt, um dann die Gewerkschaften auf die Knie zu zwingen und einer ohnmächtigen Arbeitererschaft ihre Bedingungen zu diktieren.

Inzwischen gibt es auch eine ernsthafte Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung, mit der sich die Anhänger dieser Maßnahme auseinandersetzen haben. Um das Ergebnis vorwegzunehmen, es enthalten die uns in letzter Zeit bekanntgewordenen Ausführungen über diese Frage nichts, was die Forderung der freien Gewerkschaften entkräften oder widerlegen kann.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich gehen vornehmlich davon aus, daß in einer Wirtschaftskrise zu deren Überwindung und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit andre Mittel erforderlich sind: nämlich Preis- und Lohnsenkung. Wie es in einem Aufsatz von Dr. Joseph Wünsch („Der deutsche Volkswirt“ vom 24. Oktober) heißt: „Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung als Ergebnis einer Wirtschaftskrise ist ein ökonomischer Widerspruch“. Dr. Wünsch und die andern, die das selbe sagen, wollen nicht sehen, daß die gegenwärtige Krise einen andern Charakter hat als die üblichen kapitalistischen Krisen. Sie ist nicht nur eine konjunkturelle, sondern auch eine strukturelle. Bei einer gewöhnlichen Krise wäre die von ihnen empfohlene Methode zwar grausam, sie könnte immerhin unter Umständen auf die Dauer wirkungsvoll sein. Die gegenwärtige Krise ist aber, außer durch konjunkturelle Momente verursacht durch zwei große Strukturveränderungen: gewaltige Freisetzung von Arbeitskräften im Prozeß der Rationalisierung und infolge des Vordringens der Monopolwirtschaft. Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Brecht im „Berliner Tageblatt“ über die Frage der Arbeitszeitverkürzung beleuchteten treffend diese Lage, der man durch Preis- und Lohnsenkung allein — selbst wenn diese gelänge — nicht Herr werden kann. „Gewichtige Gründe sprechen dagegen — schreibt Dr. Brecht —, auf dieses Mittel allein (nämlich die Verbilligung der Produktion) zu vertrauen. Sie sind oft aufgeklärt. Die einseitige Schwächung der inneren Kaufkraft der Arbeitenden ohne gleichzeitige Aufhebung von Arbeitslosen läßt voraussetzungslos den Weg weiter. Die Hebung der Kaufkraft hat ihre Grenzen. Und vor allem: ein Teil der Arbeitslosigkeit ist die Folge der Rationalisierung, also gerade die Folge der Produktionsverbilligung, und wird durch Fortsetzung der Verbilligung allein auf die Dauer nicht ausgeglichen.“

Weiterhin wird gegen die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich vorgebracht, sie sei nicht geeignet, sämtliche Arbeitslose in der Produktion unterzubringen. Sehr viel Eindeutigkeit wurde für den Beweis dieser Tatsache verwendet, obwohl sie von niemandem bezweifelt wird. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedarf es noch einer ganzen Anzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wie Abbau der Monopolpreise, scharfe Kapitalzusammenlegung usw. Ein Argument gegen die Arbeitszeitverkürzung läßt sich jedoch daraus nicht ableiten.

Die Arbeitszeitverkürzung stehe im Widerspruch zur Rationalisierung, schreibt Dr. Joseph Wünsch in dem erwähnten Aufsatz. Die Rationalisierung geht darauf hinaus, das Erzeugnis mit immer weniger Arbeitskräften herzustellen. Die Arbeitszeitverkürzung führt aber dazu, daß die Zahl der Arbeitskräfte, die ein Produkt erzeugen, weber vermehrt wird. Das ist eine typisch kapitalistische Auffassung über das Ziel der Rationalisierung, die allein der Vermehrung des Profits der Kapitalisten dienen soll. Die Arbeitererschaft will in der Rationalisierung nicht ein Mittel zur dauernden Arbeitslosigkeit erblicken, sondern erwartet von ihr Beschäftigung bei verkürzter Arbeitszeit. Ernstest ist das Bedenken von Professor Brieß im „Magazin

der Wirtschaft“, für den Fall, wo die Arbeitszeitverkürzung nur durch Rückgriff auf weniger rationelle Maschinen oder teurer arbeitende Betriebsanlagen vorgenommen werden könnte. Wenn Professor Brieß für diesen Fall von einer Rückgängigmachung des Effekts der Rationalisierung redet, so dürfen wir nicht davor zurückweichen, die Wirkungen einer überstürzten Rationalisierung in den volkswirtschaftlich tragbaren Grenzen zurückzuredigieren. Nach Professor Brieß müßte die Rationalisierung in einem solchen Fall als „eine der gigantischsten Kapitalfehlerleistungen des kapitalistischen Zeitalters angesprochen werden“. U. E. ist die gigantische Kapitalfehlerleistung im Prozeß der Rationalisierung selbst bereits erfolgt, als die Leistungs-fähigkeit weit über die Kaufkraft hinaus ausgebeht wurde. Jetzt handelt es sich um die arbeitsmarktliche Korrektur dieser gigantischen Fehlerleistungen.

„Der Landbund“, das Organ des von den Großgrundbesitzern geleiteten landwirtschaftlichen Verbandes, ist gegen die Arbeitszeitverkürzung als grundsätzlicher Gegner der Zwangswirtschaft. Dem „Landbund“ zufolge darf man offenbar einen Zwang nur ausüben, wenn es sich um Roggen oder Schweine handelt, nicht aber auch dann, wenn es gilt, das Schicksal der Arbeitslosen zu erleichtern. „Der Landbund“ gibt noch den guten Rat, die Arbeitslosigkeit dadurch zu beheben, daß wir auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken verzichten und alles im Inland selbst herstellen, wozu dann für jeden Arbeitslosen Geld geschaffen wird. Derselbe Landbund, der auf diese Weise drei Millionen Industriearbeitern in der Landwirtschaft Arbeitsgelegenheiten schaffen will, protestiert entkräftet gegen das Programm der preußischen Regierung, die zugunsten der deutschen Erwerbslosen auf die Leistungen von 110 000 (!) polnischen Landarbeitern verzichten will.

Von einer Arbeitszeitverkürzung befürchten ihre Kritiker eine für die Industrie ungünstige Umfichtung des Verbrauches. Der Verbrauch der Arbeitslosen, die in den Betrieben eingestellt werden, an Nahrungsmitteln dürfte steigen, der Verbrauch der bisher Beschäftigten an nicht unentbehrlichen Industriegütern sinken. „Der Landbund“ müßte eine Arbeitszeitverkürzung, die diese Wirkung haben soll, auf das Lebhafteste begrüßen! In der Wirklichkeit würden die heute Arbeitslosen, wenn sie an Stelle der Unterstüßten den Lohn erhalten, nicht nur mehr Lebensmittel kaufen, sondern sie könnten ihren seit lange zurückgestellten Bedarf an Industriegütern — vor allem Bekleidungsartikeln — befriedigen.

Auffallend ist bei den Gegnern der Arbeitszeitverkürzung, daß sie den menschenökonomischen Gesichtspunkt, die gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Schäden, die aus der Verbilligung der Arbeitskraft durch lange Arbeitslosigkeit entstehen, vollkommen vernachlässigen. Sie reden stets nur vom toten Kapital und kümmern sich nicht um das lebendige. Noch weniger um den lebenden Menschen!

Die meisten Kritiker der Arbeitszeitverkürzung stellen die technischen Schwierigkeiten dieser Maßnahme in den Vordergrund. Niemand bezweifelt, daß solche Schwierigkeiten bestehen. Sie bewirken, daß die Zahl derer, die durch Arbeitszeitverkürzung Beschäftigung finden können, geringer ist als die theoretisch errechnete. Doch soll man diese technischen Hindernisse nicht überbetonen. Sehr beachtenswert sind diesbezüglich die Ausführungen von Franz Spließ im Oktoberheft der Zeitschrift „Die Arbeit“, in welchen er zeigt, daß der so oft betonte Facharbeitermangel nur in seltenen Fällen vorkommen dürfte, und daß auch dem bezüglichen Ausgleich der nachgefragten Arbeitskräfte keine schweren Hindernisse im Wege stehen. Auch entkräftet er den Einwand, daß die vorhandenen Betriebsstätten und Produktionsmittel die Aufnahme weiterer Arbeitskräfte nicht gestatten. Die Tatsache, daß heute der Umfang der Kurzarbeit sehr hoch ist, wird häufig als ein Einwand gegen die Arbeitszeitverkürzung vorgebracht. Spließ macht daraus ein Argument für die Arbeitszeitverkürzung, indem er sagt: „In allen diesen Fällen hat ein erheblicher Teil der Unternehmungen bereits ohne gesetzlichen Zwang zur Kurzarbeit gegriffen und steht trotzdem im Wettbewerb mit den vollarbeitenden Betrieben.“

Die Kernfrage ist und bleibt aber der Kostenpunkt, die Frage, ob und wie weit mit der Arbeitszeitverkürzung auch ein Lohnausgleich stattfindet. Die meisten Berechnungen gehen diesbezüglich von solchen Voraussetzungen aus. Einmal rechnen die meisten mit einer geringen Arbeitszeitverkürzung, etwa von 48 auf 44 Stunden. Diese Lösung

würde nicht viel nützen, da dann die bisherige Arbeit in den meisten Fällen ohne Neueinstellungen mit den bisherigen Beschäftigten erledigt werden könnte. Die Leistungssteigerung als Wirkung der Arbeitszeitverkürzung, die bessere Ausnützung der Anlagen muß unbedingt in Rechnung gestellt werden. In der Frage des Lohnausgleichs rechnen die einen mit einer Arbeitszeitverkürzung ganz ohne Lohnausgleich, die andern mit einem vollen Lohnausgleich. Beide Berechnungsmethoden sind unfreiwillig Erachtens unrichtig. Will man eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchführen, so muß man von einem teilweisen Lohnausgleich seinen Ausgangspunkt nehmen, wobei die bisher beschäftigten Arbeiter für ihre arbeitslosen Kollegen zwar Opfer bringen, jedoch auf den Lohnausgleich unter keinen Umständen ganz verzichten können, wenn ihre Existenz nicht gefährdet werden soll. Einwandfrei wird das Problem durch Dr. Fritz Croner gelöst („Vorwärts“, 2. November), der auf Grund richtiger Voraussetzungen zu folgendem Ergebnis kommt: Eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden bei 62,5 prozentigem Lohnausgleich senkt die Arbeitszeit um 17 Proz., den Nominallohn um knapp 4,5 Proz. Sie bringt keine Neubelastung der Lohnkonten der Unternehmungen und bedeutet eine wesentliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger erheblicher Beitragsentung. H. S.

Reform der Arbeitsvermittlung

Wenn wir Rückschau auf die verflochtenen Jahre halten, so kann man konstatieren, daß viele Gesetze und Verordnungen reformiert, verbessert und verschleifert wurden. Ein Schmerzenskind unserer Republik ist vor allem die Erwerbslosenfrage, an welcher bis jetzt vieles und vergeblich herumgedoktert wurde und auch noch wird. Die einzige Verordnung, an welcher man achtlos vorübergegangen ist, war die Arbeitsvermittlung. Schauen wir uns die Arbeitslosigkeit an, so müssen wir uns zwei Fragen vorlegen:

1. Ist die jetzige Arbeitsvermittlung in ihrer jetzigen Form noch berechtigt oder reformbedürftig?
2. Wie können wir unsere alten und älteren Kollegen unterbringen?

Es ist doch jetzt Jahrzehnte bekannt, daß 40jährige und ältere Arbeitslose nicht mehr unterkommen können oder sehr schwer. Wenn dies auch in unserm Beruf noch weniger sichtbar war, so machen sich auch jetzt die bekannten Zeichen durch Rationalisierung usw. bemerkbar, daß man alte Kollegen nur mit Widerwillen und auf die kürzeste Zeit einstellen, wozu ja mancher Betriebsrat ein Lied singen kann. Hierzu möchte ich einige Vorschläge machen, jedoch bin ich überzeugt, daß ich dabei in ein Wehnelmst hineinlaufe und mit den Unwillen mancher Prinzipale zueleife.

Mancher ältere Kollege wartet ein halbes, dreiviertel, ein Jahr und länger auf die Vermittlung von Arbeit und weiß nicht, warum er nicht vermittelt wird, geht er der Sache nach, so kann er die Erfahrung machen, daß mancher Kollege mit kürzerer Arbeitslosigkeit auf Wunsch des Prinzipals oder des Faktors in seine frühere oder bekannte Stelle vermittelt wurde. Es ist keine Seltenheit, daß sich der Prinzipal oder Faktor in einer Provinzstadt in die Liste der Arbeitslosen durch Anfrage Einblick verschafft und sich einen Bekannten usw. vermitteln läßt, oder er verlangt eine „Spezialkraft“ z. B. Kfz. Führer, Kataloge, Tabellen usw. Wird dann eine solche Kraft vermittelt, so kann er zum großen Teil die Erfahrung machen, daß er sämtliche in das Fach einschlagende Arbeiten machen muß, nur keine Spezialarbeiten, denn für diese sind bereits ein oder zwei Spezialkräfte vorhanden. Der Leidtragende an dieser Vermittlung ist einzig und allein der ältere Arbeitslose; denn für diese „Spezialarbeiten“ muß man eine jüngere Kraft vermitteln. Nun noch einige Worte zu zuletzt Eingestellten und zur Entlassung stehenden Gehilfen. Hier könnte durch die Vermittlung und Zustimmungsverweigerung des Betriebsrates manches Leid gestillt und mancher Kollege über Wasser gehalten werden, denn der § 84 des BZG. (unbillige Härte) schließt auch die Kollegen, die zur Hilfe eingestellt wurden. Diese nur kurz angeführten Mängel sind zu beseitigen, sollte Pflicht, nicht nur der Führer, sondern aller Kollegen sein.

H. i. r. b. e. r. g.

361

Fragen der Gewerbehygiene

Gewerbeergeme in Buchdruckereien

In Nr. 81 vom 8. Oktober brachten wir eine Abhandlung „Das Nervenzellgiftgewerbe im Lichte der Krankheitsstatistik“. Es wurde darin besonders auf die Hauterkrankungen (Ekzeme) verwiesen, von denen die Angehörigen des graphischen Gewerbes befallen werden. Die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin hat in ihrem eignen Laboratorium im Jahre 1929 95 Arbeiter (13 Frauen, 82 Männer) mit chronischen Gewerbeekzemen untersucht. Diese Patienten waren in der Buchdruckerei, Buchbinderei, im Steinbruch, Offset- und Tiefdruck beschäftigt. Was der Bericht der Berliner Buchdruckerkrankenkasse über diese Untersuchungen sagt, ist wert, einem größeren Kollegenkreis zur Kenntnis gebracht zu werden: „Als schädigende Substanzen, die Ekzeme hervorzurufen, sind folgende Säure anzugehen:

- a) Säuren: an erster Stelle die Chromsäure beim Chromieren des Aluminiums; dann Selenensäure beim Ätzen des Lithographensteines; Salzsäure beim Entfärben von Eisenchloridresten; Salpetersäure und Salzsäure, Phosphorsäure und Schwefelsäure beim Ätzen von Zinn; Eisensäure bei Aufwaschen montierter Platinplatten in Säure; Säuren der Säuren in Zinkfäulen und Säuren in Säuren;
- b) Alkalien: Salmiak im Zinn- und Eisen der Platinplatten in Wasser; Ammoniak mit Sodawasser; Natriumcarbonat mit Selenpulverlösung;

- c) andere organische Chemikalien: besonders Eisenchlorid zum Ätzen in Kupfer; Bromalkohol beim Zinnieren; Mineralfarben beim Druck und Aufstreichen;
- d) organische Stoffe: Wachsöl für Farbrollen und Walzen, Formen und Farbrollen, meist aus Terpentin und Benzol bestehend; Wachslinoleum und Schmiermittel; Druckfarben (Wasser- und Ölfarben. Nicht zum Verdünnen); Wachsöl zum Reinigen der Walzen; Terpentin zum Reinigen der Walzen und Farbrollen und des Blechmessers. Ferner zum Ätzen der Platinplatte, Behandlung der Filme mit Graphit, Kolophonium beim Zinnieren, Anilinfarben und Anilinfäulen in methylenblauen Lösungen beim Zinnieren, Pulverlack, beim Kleben und Gummi bei Buchbindereiarbeiten und beim Aufstreichen der festlichen Malerei auf Bäume. Ferner mit Dampf und Entfärben von Bedrucken mit Terpentin und Kolof.

Die größte Bedeutung für die Frage der Ekzementstehung haben die im Buch- und Notationsdruck üblichen Waschmittel; je reineres Terpentin und Benzol verwendet wird, desto weniger gefährlich sind sie. An Gefährlichkeit für empfindliche Personen steht wohl an erster Stelle die Chromsäure. Bei einem ekzematösen Chemigrappen erzeugten Chromlösungen schon in der Verdünnung 1:20000 große Blasen, so daß ein Versuch, mit äußerst verdünnter Lösung die Empfindlichkeit der Haut herabzusetzen und sie an die Chromsäure zu gewöhnen (Desensibilisierung), mißlang.

Die typische Lokalisation von Gewerbeekzemen in unsern Fällen sind Handrücken und Fingerstreckseiten; nicht weniger als 25 Mitglieder hatten allein diese Lokalisation des Ekzems. Seltener wird unter Freibleiben der Finger nur der Handrücken befallen (siebenmal), oder die Finger blieben die einzige Stelle, die von dem Ekzem ergriffen wurde (achtmal), oder nur die Vorderarme (dreimal); oft sind neben Fingern und Handrücken die Vorderarme mit-ergriffen (vierundzwanzigmal), oder sogar die Oberarme (siebenmal). Seltener findet man das Gewerbeekzem auch im Gesicht (siebenmal), hier besonders an den Ohrenschnecken, an den Augenbrauen und an der Nasenwurzel. Achtmal auch an Fußrücken und Unterschenkeln, ganz selten auch am Oberkörper, am Strotum, am behaarten Kopf. Im Gegensatz zu der zarten, faltbaren Haut des Handrückens und der Fingerstreckseiten ist die weniger verfehlige, derbere Haut der Hohlhand nur in neun Fällen Sitz des Ekzems gewesen. Bei sechs Untersuchten zeigten die Kugel narbige Einziehungen, Atrophie, Spaltenbildung und Splitterung. Bei vier Mitgliedern war das Ekzem über so viele Körperstellen verbreitet, daß man es schon als universell bezeichnen konnte.

Was die Beziehungen der Art der Beschäftigung zu dem Sitz des Ekzems anbelangt, so konnte folgendes beobachtet werden: der linke Daumenballen, an den der Farbenspatel angebracht zu werden pflegt, war bei einem Mitglied hauptsächlich des Ekzems, zwei Linkshänder hatten die stärksten Ekzeme am linken Handrücken. Bei zwei in der Chemigraphie beschäftigten Mitgliedern waren Daumen und Kleinfinger-Endglieder, die besonders tief und anhaltend in die schädigende Flüssigkeit hineingehalten werden mußten, ebenfalls befallen. Eine Beziehung der Ekzemlokalisation zu der Frömmigkeit der Chromsäure zeigt die Tatsache, daß allein vier Älter und Chemigrappen auch im Gesicht Ekzeme aufwiesen.

Die Ekzeme kamen in allen Stadien ihres wechselvollen Verlaufes zur Beobachtung. In neuen Fällen konnte das Wiederaufkommen eines bereits geheilten Ekzems wenige Stunden oder einen Tag nach der Arbeitsaufnahme festgestellt werden. In fünf Fällen dauerte es nur wenige Wochen bis zum Rezidiv. Häufig war eine jahreszeitliche Bindung der Rückfälle (Winter und Übergangsjahreszeiten) zu bemerken. Die Disposition der Haut zur Erkrankung an Ekzemen konnte bei sechs Mitgliedern bis in die Kindheit zurückverfolgt werden. In fünf Fällen war das Ekzem durch eitrige Infektionen, wie Furunkel, Abszesse, kompliziert. Einmal waren als Zeichen von Nierenschädigung Atrophie, Pigmentierung, Teleangiectasien zu sehen. Günstigste Weise war ein großer Teil der einmal vom Ekzem Befallenen nach gründlicher Heilung Jahre oder gar Jahrzehnte von Rückfällen verschont geblieben. In einer kleinen Zahl der Fälle jedoch war die Empfindlichkeit der ekzematösen Haut gegen die spezifischen schädigenden Stoffe so hartnäckig, daß nur ein Wechsel der Beschäftigungsart vor dauernden Rückfällen bewahren konnte. Während der ersten Anfälle des Ekzems meist in wenigen Wochen heilten, waren in der Regel die Rezidive von längerer Dauer und zeigten infolge einer Umkimmung des gesamten Hautorgans auch Befallen von Stellen, die bedeckt getragen werden und mit den schädigenden Stoffen nicht in Berührung kommen.

Als wichtigste praktische Schlussfolgerung kann gesagt werden, daß das Abwarten der restlosen Abheilung des Ekzems vor Wiederbeginn der Arbeit noch am besten vor Rezidiven schützt. Ferner gehört zur Prophylaxe eine vernünftige Pflege der Haut durch Einsetzen und sorgfältiges Trocknen und Vermeidung unnötiger mechanischer oder chemischer Reizung der Haut. Nur eine kleine Minderzahl von Ekzematösen ist infolge individueller Überempfindlichkeit gezwungen, eine so einschneidende Maßnahme wie den Wechsel der Beschäftigung oder des Berufs vorzunehmen.

Der vorstehende Bericht beschäftigt sich nur mit den Erkrankten, die mit chronischen Gewerbeekzemen behaftet waren. Die Zahl der Hauterkrankungen ist natürlich bedeutend größer. Diese Zahl der an Hautleiden erkrankten graphischen Arbeiter wird in dem Bericht wie folgt angegeben: Handseher: 201 Erkrankungsfälle mit 5167 Krankheitstagen, Maschinenseher: 33 Fälle mit 862 Tagen, Drucker: 196 Fälle mit 3197 Tagen, Stereotypseher: 23 Fälle mit 676 Tagen, Korrektoren: 12 Fälle mit 393 Tagen. Die gelehrten Arbeiter im Buchdruckgewerbe weisen also insgesamt 405 Erkrankungsfälle mit 11 095 Krankheitstagen auf. Lehrlinge im Buchdruckgewerbe sind mit 123 Erkrankungsfällen und 2025 Krankheitstagen, die Buchdruckerhilfsarbeiter mit 172 Fällen und 4470 Krankheitstagen verzeichnet. Die in der Berliner Buchdruckerliste verzeichneten männlichen Arbeiter wurden insgesamt von 1019 Erkrankungsfällen betroffen, zu deren Heilung 24 110 Tage erforderlich waren.

Auf dem Breslauer Kongreß der Gesellschaft für Gewerbehygiene gab der Vertreter des Steindruckerverbandes Kenntnis von dem Ergebnis einer Statistik seiner Organisation betreffs der Gewerbeekzeme, die 202 Erkrankungsfälle aufzeigte. Von den Erkrankten waren erwerbsunfähig 148, davon wiederholt 101. Bei dieser Erhebung kam nur ein kleiner Teil der graphischen Arbeiterschaft in Betracht; nimmt man aber die Mitgliederzahl der graphischen Verbände und daraus die Zahl der mit chemischen Arbeitsstoffen Beschäftigten, dann sind schätzbar zu gleicher Zeit in den graphischen Industrien mehr als 2000 Personen mit gewerblichen Hautekzemen behaftet.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten befaßten sich eingehend mit den festgestellten gewerblichen Hauterkrankungen. Wie schwer die Arbeiter unter diesen Gesundheits-schädigungen leiden, sagt der Bericht des Gewerbeaufsichtsamts Dresden: „Die oft als harmlos angesprochenen Ekzeme können in ihrer Wirkung nicht ernst genug genommen und ihre Ursachen nicht energig genug bekämpft werden. Die Arbeiter waren durch das lange Kranksein außerordentlich niedergeschlagen; manche sagten, daß sie vollständig verzweifelt seien, nachdem sie alles versucht und keinen Ausweg mehr wußten. Die langdauernde Krankheit gefährdet die Sicherheit ihrer Stellung in hohem Maße. Da die Ekzeme schwer zu heilen sind, ist Prophylaxe (Vorbeugung) das wichtigste.“ Auch der bayerische Bericht weist darauf hin, daß die gewerblichen Hauterkrankungen immer mehr an praktischer Bedeutung gewinnen. Es falle oft recht schwer, die letzte Ursache festzustellen, wenn die Erkrankten mit verschiedenen Stoffen zu tun hatten. Die einzig erfolgreiche Vorbeugung, nämlich sofortiger Wechsel des Arbeitsplatzes, ist leider meist undurchführbar.

Gewerbeekzeme gehören zu den unangenehmsten Krankheitserscheinungen, denen die Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Wie aus dem Bericht der Berliner Buchdruckerliste hervorgeht, bleibt die Erkrankung nicht auf die Hände beschränkt, sondern breitet sich auch über andre Körperteile aus, so daß schließlich die Aufgabe des Berufs die einzige Rettung bedeutet. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, alle gewerblichen Hauterkrankungen mit längerer Dauer unter die Verordnung über die Ausdehnung der Gewerbekrankheiten auf die Unfallversicherung zu bringen, haben bisher nicht zu dem vollen Erfolg geführt; bei geeigneter Gelegenheit wird in dieser Richtung gewirkt werden.

Formalinexzeme bei Buchdruckern

Zu den Erzeugern von Hauterkrankungen (Ekzemen) gehört auch das Formalin. Formalin ist eine Art des Formaldehyd (HCHO), welches in Gasform intensiv riechende Dämpfe entwickelt; 40 Proz. Formaldehyd in wässriger Lösung ist Formalin. Dieser Stoff zeitigt eine Reihe von Vergiftungserscheinungen: intensive Reizung der Haut und der Schleimhäute, Dermittiden, Ekzeme, Nagelveränderungen. Bis her betrafen die Erkrankungsfälle meistens Ärzte, Laboratoriumsdiener, Präparatoren. Seit der Verbreitung des Formalins außerhalb der medizinisch-technischen Zwecke vermehrten sich die Krankheitserscheinungen. Für das Druckgewerbe ist der formalinhaltige Kleister, den die Drucker bei der Zurichtung gebrauchen, die Ursache vieler Hauterkrankungen.

Im „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ Nr. 9, Jahrgang 1930, veröffentlicht Herr Professor Dr. G. Lutz, Abteilungsleiter am Rathenow-Hospital in Stuttgart, das Ergebnis seiner Untersuchungen von Hauterkrankungen bei Buchdruckern. Professor Lutz schreibt:

„Ich hatte zu Beginn des Jahres 1930 Gelegenheit, mehrere Fälle von Ekzemen unter Buchdruckern zu sehen, die ebenfalls auf formalinhaltigen Kleister zurückgeführt

werden mußten. Die einzelnen Fälle waren mir zur Begutachtung wegen eines Ekzems überwiegen worden, das durch benzolhaltige Waschmittel bedingt sein sollte. Von den typischsten Fällen hatte Patient B. seit dem Jahre 1886 mit kurzer Unterbrechung im gleichen Betriebe gearbeitet. Vor vier Jahren bekam er zum ersten Male einen Ausschlag an beiden Händen, der wieder abheilte. Seitdem wechselten ekzemfreie Zeiten bis zu einem Jahre mit Erkrankungen ab. Seine letzte Krankmeldung war im September 1929 erfolgt, und er war bis zur Stunde noch krank geblieben. Den Beginn schildert er: Unter intensivem Juckreiz schienen kleine Bläschen auf, die sich erst mit wasserklarer, dann mit eitriger Flüssigkeit füllten. Der Zustand wiederholte sich immer wieder, die Haut wird rissig und blutet leicht.

Der Patient C. hatte seit längerer Zeit an der ulnaren Seite (nach der Kleinfingerseite) des zweiten Fingers ein Ekzem mit Bläschenbildung, intensiven Juckreiz; die Bläschen füllten sich erst serös (serumartig, absondernd), dann serös eitrig. Die Stelle heilte nie ganz ab. In der Umgebung traten immer neue Schübe auf. Allmählich griff der Ausschlag auch auf die anliegende (radiale) Seite des dritten Fingers über. Zur Schonung des erkrankten zweiten Fingers verwandte er dann die entsprechende Seite des dritten Fingers. Bald trat aber auch hier und später an der anliegenden Seite des vierten Fingers das Ekzem auf. Selten zeigten sich Schübe an der Außenseite des fünften Fingers. An der linken Hand bildete sich nur über der Streckseite des Endgliedes des zweiten Fingers dasselbe Ekzem.

Es war nun durch Ermittlung festgestellt, daß seit einiger Zeit in dem Betriebe immer wieder Buchdrucker in dieser Weise erkrankten. Die typischsten Fälle waren die der Patienten B. und C. Bei dem Sitz der Erkrankungen war anzunehmen, daß nicht ein die ganzen Hände berührendes Waschmittel hier in Frage kommt, sondern eine lokalisierte spezifische Einwirkung eines Körpers stattgefunden haben muß, der die Ekzeme überhaupt und im Fall B. diese weitgehenden Schädigungen der Haut verursacht hat. Bei den früheren Untersuchungen war angenommen worden, daß es sich um benzolhaltige Waschmittel, mit denen die Walzen gereinigt werden, als Ekzemerzeuger gehandelt hat.

Die Erklärung dieses Sitzes des Ekzems ergibt sich aber aus der Arbeitsweise der Drucker beim Zurückziehen der Druckformen. Dabei wird Papier in verschiedener Stärke unterlegt und mit Kleister an die Unterlage befestigt. In der Regel wird auf dem linken Handrücken zwischen dem ersten und zweiten Metatarsalknochen (Knochen der Mittelhand) ein Depot angelegt und von hier nach Bedarf mit dem Zeigefinger (Innenseite) der rechten Hand abgenommen. Dabei hatte B. die Gewohnheit, den Rest an der Außenseite des linken Condylus (Gelenkhöcker) abzukleifen. C. übte mit der Streckseite des Endgliedes des zweiten Fingers einen Druck auf die Unterlage, um das Zerreißen des Papiers zu verhindern. Feiner gibt er an, daß er früher auch auf der Außenseite der linken Hand den Kleister abgelegt habe, dann aber ihn auf den Daumenballen gelegt habe, weil er einen Ausschlag bekommen habe. Aus diesem Arbeitsgang ist die isolierte Erkrankung einzelner Hautpartien ohne weiteres erklärlich.

Nachdem die Arbeit seit vielen Jahren ohne Schädigung geleistet worden war, mußte man die Annahme haben, daß der Kleister Zusätze bekommen habe. Auf Befragen gab die Lieferungsfirma an, daß 0,5 Proz. Formalin zur Konservierung zugelegt wird.

Es ist versucht worden, durch eine Art kleiner Paletten die Schädigung zu beheben. Solange aber der Kleister mit dem Finger dort abgenommen und aufgetragen wird, ist die Frage nicht gelöst, und man wird immer mit Neuerkrankungen zu rechnen haben. Die Heilung der Fälle benötigt sehr lange Zeit, und beim Patienten B. ist die Wiederherstellung der vollkommen geschädigten Haut und ihrer Anhangsorgane nicht mehr zu erwarten. Es wäre also viel wichtiger, den Formalinzusatz zu beseitigen. Professor Chajes (Berlin) führt eine Kleisterbereitung an, in der zum Schluß eine große Menge Kochsalz entsteht; in diesem Falle kann diese Kochsalzmenge als Konservierung genügen.

Die Behandlung der rissigen Haut macht besondere Schwierigkeiten und gibt immer wieder Anlaß zu Sekundärinfektionen der neuen Risse. Gegen diesen Zustand ist in Schwaben ein altes Volksmittel bekannt, das ich aus eigener Erfahrung schätzen gelernt habe, das aber in der modernen kosmetischen Industrie vollkommen untergegangen ist. Es wäre sehr wertvoll, wenn dies wieder aufgenommen würde, denn es leistet mehr als die üblichen Salben und Creme bei rissiger und trockener Haut. Das Mittel wird aus Quittenkernen hergestellt, die man in warmem Wasser längere Zeit quellen läßt. Dabei quillt diese äußere Schicht enorm auf. Am folgenden Tag presst man den Schleim durch ein Tuch ab und versetzt ihn mit 40 Proz. reinstem Glycerin, kocht das ganze vorsichtig auf (es brennt leicht an) und füllt es heiß in Tuben auf. In die frischgewaschene Haut eingerieben, macht es die Haut elastisch und das Mittel fetzt nicht.

So weit der Bericht des Professor Lutz, der sicher von unsern Druckerkollegen beachtet wird und ihnen auch ein Mittel zur Vorbeugung von Hauterkrankungen gibt, das leicht und billig zu beschaffen ist; die Kosten dürften die heute üblichen Preise für Krankenschein und Rezept unterschreiten. Der Bericht zeigt aber auch, welche Gefahrenquellen der heute im Gebrauch befindliche, mit Formalin konservierte Zurichterkleister in sich birgt. Die Frage der Formalinerkrankungen war bereits Gegenstand einer Aussprache von Vertretern der Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, Gewerbeaufsicht, Produzenten und der Ge-

wertschaffen in Leipzig; wir verweisen auf den diesbezüglichen Artikel im „Korr.“ Nr. 2 vom 4. Januar.

Mit den Gewerbebezirken ist nicht zu spaßen. Kommt fñr die Erkrankung oft die Dispositionsfähigkeit des Arbeiters in Frage und sind die Erkrankungsfälle nicht immer schwerwiegender Natur, so sind doch eine Reihe von Fällen bekannt, wo diese Hauterkrankungen den ganzen Körper überzogen haben und die betroffenen Kollegen zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt waren.

Die Hauterkrankungen sind weit mehr verbreitet, als allgemein bekannt wird. In Leipzig und Dresden soll jetzt der Versuch gemacht werden, sachlich gut vorgebildete Durchgangsarzte für Berufskrankheiten anzustellen, denen sämtliche Berufskrankheitsverdächtige vom behandelnden Arzt zur genauften Untersuchung zugesandt werden sollen. Die Leitung der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, die diese Mitteilung in der letzten Sitzung der Technischen Kommission mit den Versicherungsvorteilern machte, gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß zu hoffen sei, damit den besonders in Leipzig wider Erwarten epidemisch auftretenden Berufskrankheiten endlich einmal Halt zu bieten.

Unter diese Berufskrankheiten scheinen ja in erster Linie die Hauterkrankungen zu fallen. Die Untersuchungsergebnisse des Professor Dr. Lug sind außerordentlich beachtlich; daraus ist die Folgerung zu ziehen: Verbot der Verwendung formalinhalten Kleisters! Die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft sollte alle in Gebrauch befindlichen Kleisterarten untersuchen lassen und die Druckerinnen verpflchten, nur die Kleister im Betriebe zu verwenden, die als gesundheitslich einwandfrei festgestellt worden sind.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen

Wieselsb. Am 19. November (Buchttag) fand eine Bezirks-Versammlung in Herford statt. Fast rektlos waren sämtliche Orte unseres Bezirks vertreten. Unter „Bereinsmitteilungen“ kam zunächst ein Rundschreiben zur Verlesung. Über den schlechten Eingang der Statistik führte der Vorsitzende besonders Klage. Es sei bedauerlich, feststellen zu müssen, daß einzelne Orte die Fragebogen bis heute noch nicht eingeleitet haben. Allgemein wurde bedauert, daß den Kollegen, die während ihrer Arbeitslosigkeit einen Fortbildungskursus mitmachen, vom Arbeitsamt die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Dann gab Kollege **Straßmann** in die Ergebnisse der Zwischen- und Eignungsprüfungen bekannt. Im ersten Falle könnte man die Prüfungen im allgemeinen als „Genügend“ bewerten, während man bei den Eignungsprüfungen acht Prüflingen die Eignung entziehen mußte. Ein ausführlicher Bericht folgte von der Bezirksvorherrscherskonferenz in Köln. Den Hauptpunkt der Sitzung bildete dann die Aussprache über die gewerbliche Lage in den einzelnen Orten unseres Bezirks. Überall dasselbe Bild: Arbeitslosigkeit, in einigen Fällen Kurzarbeit und Lohnabbau. Folgende Resolution wurde gefaßt und an den Verbandsvorstand weitergeleitet: „Der Bezirk Wieselsb. billigt einerseits die Erhöhung der Beiträge für die Rotkundsbeihilfe an arbeitslose Kollegen, verlangt aber auch andererseits vom Verbandsvorstand energische Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosigkeit ist kein vorübergehender, sondern ein Dauerzustand geworden. Mit einer Beitragserhöhung allein ist den arbeitslosen Kollegen nicht geholfen.“ Hierauf gab Kollege **Holz** den Kaltenbergt, und es wurde ihm Entlastung zuteil. Für die Invaliden und Arbeitslosen wurden als Weihnachtsgeschenk je 15 M. aus der Bezirkskassa bewilligt.

Buer i. W. Vor 25 Jahren, am 19. November 1905, wurde der hiesige Ortsverein gegründet. Dieser Gründung gedachten wir in einer Jubiläumssitzung am 19. November (Bucht- und Festtag). Vorsitzender **Henrich** eröffnete die von fast sämtlichen Kollegen besuchte Versammlung mit Begrüßungsworten an die Erschienenen, insbesondere an den Referenten des Tages, den Kollegen **Christian Fette** (Duisburg). Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gedachte er zunächst der Gründung des Ortsvereins. Infolge der Not der Zeit war von einer besonderen freier Abhandlung genommen und diese gemeinsam mit dem Jubiläumstag am 12. Juli d. J. be-

gangen worden (worüber an dieser Stelle berichtet wurde). Der Vorsitzende richtete ehrenbe Worte an Jubilare und Gründer und überreichte ihnen je einen vollen Bierkrug mit dem Berufsapparat zur Erinnerung. Hierauf referierte Kollege **Fette** über das Thema: „Gewerkschaften und Faschismus“. Ausgehend von der letzten Reichstagswahl, brachte er an Hand der Mandatszahlen den Nachweis, daß das Anwachsen der „Nazis“ in der Hauptlage eine Radikalisierung der bürgerlichen Wähler darstellte. Er ging dann näher auf die 25 Thesen der Nazis ein und stellte klar heraus, was diese Thesen bezweckten. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf das vorzügliche Referat im einzelnen näher einzugehen. Wünschenswert wäre, daß solche eingehenden Ausführungen allen Arbeitnehmern zu Gehör gebracht würden. Zeigten sie doch u. a. auch klar die Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft und wurden so zu einem Appell an alle Anwesenden zu tätiger Mitarbeit in der Arbeiterbewegung. Der Referent entließ als Dank den schättesten Beifall der Versammlung. Unter „Berichtedem“ gab der Vorsitzende kurzen Bericht über die letzte Vorstandskonferenz des Bezirks Essen, und der Kartellbeauftragte erstattete Bericht über die letzte Kartell-sitzung. Weiter wurde lebhaft bedauert, daß es die Wertsachen Betriebe trotz des großen Mißerfolges bei der Zwischenprüfung ablehnen, ihre Lehrlinge zur Gewerbeschule nach Gelsenkirchen zu schicken. Es wurde besondere Beschwerde geführt über den Gefäßabbau im Gladbacher Betrieb. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch kritisch mit dem Schiedsspruch für die Berliner Metall-industrie.

Erlangen. Unsere Herbst-Bezirksversammlung am 23. November war sehr gut besucht. Sämtliche Druckorte waren vertreten. Auch unser Gauvorsitzer **Höflich** (München) war anwesend. Vorsitzender **Pfister** begrüßte die Anwesenden und widmete einem vor einigen Stunden verstorbenen Kollegen einen ehrenvollen Nachruf. Die Tagesordnungspunkte fanden rasche Erledigung. Ein kurzer Tätigkeitsbericht brachte verschiedene Mißstände in zwei Druckorten zur Kenntnis, deren baldige Abstellung herbeigeführt werden soll. Mit großem Interesse folgte die Versammlung sodann den Ausführungen des Kollegen **Döhling** über das Thema „Wirtschaft und Arbeiterschaft“. Er schilderte den Entwicklungsgang der Wirtschaft von den Anfängen bis zu seiner heutigen überbordenden Stellung. Er wies hin auf die übertriebene Rationalisierung und ihre schlimmen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Eingehend befahte er sich mit der gegenwärtigen Lage im Buchdruckgewerbe, besprach die Lohnabbaupläne der Wirtschaft, unterzog die Maßnahmen der Reichsregierung einer scharfen Kritik und lenkte die Bogen auf dem Gebiet der Preisabbaupolitik. Mit der Aufforderung, stets einig und geschlossen hinter der Organisation zu stehen, beendete der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Essen. Unsere Bezirksversammlung, die am 23. November hier stattfand, hatte sich guten Besuchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende **Höhning** in warmen Worten zweier verstorbenen Kollegen. Einige von der Opposition unternommene Vorträge konnten abgelehrt werden, namentlich beflagte man sich darüber, daß der Solinger Streikbruch als das bezeichnet wurde, was er in Wirklichkeit ist. Zum Geschäfts- und Kalenderbericht gab der Vorsitzende erläutern ein Bild der gegenwärtigen Lage im Bezirk, dabei nochmals die Lohnabbaubestrebungen hervorhebend. Die Arbeitslosigkeit unter Mitglieder ist auf 18 Proz. gestiegen und eine Besserung noch nicht zu verspüren. Die Maßnahmen des Verbandsvorstandes in bezug auf Erhöhung des Extrabeitrages fanden erfreulicherweise bei den Mitgliedern volles Verständnis. Zur Gauvorsitzerauswahl schloß sich die Versammlung bereits gemachten Vorschlägen an. Das Hauptaugenmerk der Versammlung wandte sich der Beratung der neuen Bezirksfassung zu. Die Redner der Opposition glaubten in dem Entwurf eine Rechtsnachfolge bzw. Wahrung der freien Meinungsäußerung der Mitglieder zu erblicken. In längeren Ausführungen suchte man vergeblich den Nachweis zu führen, daß die große und kleine Gewerkschaftsbürokratie nur ihre und nicht die Interessen der organisierten Arbeiter wahre. Kollege **Höhning** konnte den Nachweis erbringen, daß in dem Entwurf nichts enthalten sei, was nicht in der Praxis bisher schon gelbt wurde. Der Entwurf wurde dann auch nach Vornahme kleiner redaktioneller Änderungen und Berücksichtigung einiger Gelsenkirchener Anträge von der Versammlung mit

großer Mehrheit angenommen. Der Vorsitzende konnte daher die Hoffnung aussprechen, daß mit dieser Verfassung, die sich der Bezirk Essen gegeben hat, namentlich eine zielungslose Fñhrung der Geschäfte gewährleistet sei, die sich zum Vorteil der Gesamtorganisation auswirken werde.

R. M. Esslingen a. N. Unsere Bezirksversammlung am 12. November hatte erfreulicherweise einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender **Gutkunz** ging nach der Begrüßung in kurzen Umsätzen auf die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage ein. Sodann hielt Kollege **Kohrausch** (Stuttgarter) einen Vortrag mit Lichtbildern über „Das graphische Gewerbe in der Türkei“. Referent führte u. a. aus, die Türkei, ein 19-Millionen-Volk, verfüge über 18 000 Kräfte, ein Zeichen der dort herrschenden hygienischen Verhältnisse. Das Volk sei arm, die Kirche reich. Der Diktator Kemal Pascha über rückwärtslose Gewaltherrschaft aus. Wer gegen ihn sei, käme an den Galgen oder ins Gefängnis. Die Druckmaschinen in der Türkei seien veraltet, was in den fragwürdigen Drucklägen zum Ausdruck käme. Schmalfolien gäbe es erst seit sieben Jahren. Auch deutsche Kollegen seien daran tätig. Die Zeitungen hätten keine größeren Auflagen als 2000, und kämen im Straßenhandel zum Verkauf. Jede gewerkschaftliche Betätigung werde mit Landesverweisung geahndet. Die frühere Hauptstadt Konstantinopel ist infolge Wegverlegung des Regierungssitzes nach Angora eine sterbende Stadt geworden. Was dort an Gebäuden zugrunde gehe, diene lichtlosem Gefinbel zum Unterschlupf. Die Handwerker arbeiten in der Türkei noch mit primitivsten Werkzeugen, während die Haremshausse Zeugen vergangener orientalischer Glanzzeiten sind. Der Vortragende entließ sich seine mit Humor gewürzten Ausführungen reichem Beifall. Dieser Vortrag war ein Erlebnis für jeden Kollegen. Vorsitzender **Gutkunz** machte hierauf noch einige interne örtliche Mitteilungen. Mit einem Appell zu immer zahlreichem Versammlungsbesuch in Anbetracht der kommenden Ereignisse fand die interessant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Frankfurt a. M. (Mitschneider.) Am 1. November besichtigten zahlreiche Würzburger Kollegen mit ihren Frauen die Firma D. Stempel, um vor allem die Matrizenherstellung kennenzulernen. Abends wurde zu Ehren derselben ein Familienabend veranstaltet. Unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Gutenberg“ der Paulchen-Kapelle und einiger Solisten fand der Abend einen guten Verlauf. Zum Anbenden an diese Zusammenkunft wurden dem Vorsitzenden Baer ein Bild von Würzburg durch Kollegen Engel überreicht, was bei allen Frankfurter Kollegen Freude auslöste. Wir lagen an dieser Stelle nochmals unsere herzlichsten Dank. Wägen die alten Beziehungen stets so innig bleiben! Am 2. November fand eine Sitzung durch die Stadt und die Besichtigung der Union-Druckerei statt, die auf die Würzburger Kollegen einen starken Eindruck machte und den Wunsch in sich aufkommen ließ, daß jede Druckeret so hygienisch und technisch einwandfrei eingerichtet sein möge. — Die hier abgehaltene Monotypen-Sonderveranstaltung der Gaue Mittelrhein und Frankfurt-Hessen am 23. November wurde von etwa 60 Kollegen besucht. Kollege **P** a e r begrüßte die aus Karlsruhe, Heidelberg, Kaiserslautern, Mainz, Darmstadt und Wiesbaden zusammengetretenen Kollegen und den anwesenden Montageinspektor Herrn Diederich (Wetlin), und sprach den Wunsch aus, daß die Veranstaltung für die Monotypen viel Lehrreiches bringen und die Bepresung der einzelnen Sitzungen und Neuerungen dazu beitragen möge, daß alle Kollegen einen Nutzen davon haben. Kollege **Stutenbäumer** übernahm dann den Vorsitz und begrüßte ebenfalls die Erschienenen. Er betonte die miserable Wirtschaftslage, die mit dem heutigen Wetter identisch sei. Die Lohnabbaubestrebungen nehmen scharfe Formen an, wogegen wir uns mit allen Mitteln wehren müssen. Die Prinzipalität könnte auch vertreten sein, um eine Abmilderung der Arbeit des Maschinenführers zu bekommen, und so eher zu erkennen, daß eine gute Bezahlung auch andre Arbeiten zutage fördere. Wenn sie hier lägen, wieviel Mühe und Zeit der Beihilfe für seine Fortbildung opfert, dann würde vielleicht eine bessere Verständigung und Einigkeit Platz greifen. Ebenfalls wurde bedauert, daß die Handwerker und die andere Sparten nicht anwesend waren, trotz Einladung. Sie hätten heute Gelegenheit gehabt, den Werdegang der Monotypen kennenzulernen, und auch in der Diskussion gehört, mit welchen Schwierigkeiten der Maschinenführer zu kämpfen hat, ehe er den Satz einwandfrei herausbringen kann. Mit

Wie sieht es um den Buchdruck?

(Schluß)

Auf dem ureigensten Arbeitsgebiet des Offsetdrucks, das ihm auf Grund seiner eigenartigen Technik, die die originalgetreue Wiedergabe auch der zartesten Bild- und Farböne ermöglicht, zuteil, wurden durch dieses Druckverfahren in vielen Fällen völlig neue Bedürfnisse geschaffen. Zum mindesten wurden Arbeiten, die zuvor in weniger Farben gedruckt wurden, durch den Offsetdruck in reichlicher Ausstattung möglich, ohne daß dadurch eine erhebliche Wertverminderung eintrat. Ganz besonders wußte sich der Offsetdruck jedoch dadurch Freunde in weitesten Kreisen zu gewinnen, daß es ihm möglich wurde, von der vorher fast für alle Bilder- und Farbenbrände erwünschten Verarbeitung von Papieren mit glatter Oberfläche abzugehen. Die Übernahme der Farbe von der druckenden Zink- oder Aluminiumplatte auf den Gummizylinder und die Weitergabe vom Gummi an das Papier ließ die Verarbeitung von rauhen, gerippten oder sonstwie geränderten Papieren oder auch andern Stoffen ohne weiteres zu. Damit war erstens dem ästhetischen Empfinden künstlerisch fñhrender Kreise Rechnung getragen und zum anderen wurde auch eine große Ersparnis an Papierkosten erzielt. Das sind zwei Faktoren, die zur Ausbreitung des Offsetdrucks für die Wiedergabe vielfarbiger Plakate wie zartgetönter Originalen von Künstlerhand erheblich beitragen.

Die moderne Neckname z. B. ist uns ohne Offsetdruck heute einfach nicht mehr denkbar. Weder der Buch- noch der Tiefdruck wäre in der Lage, die Arbeiten des Offsetdrucks in

der gleichen Qualität auszuführen, und wenn dies auch in Einzelfällen gelingen würde, die dadurch entstehenden Ankosten ließen von einer Wiederholung derartiger Experimente absehen. Es ist also so, daß jedem Druckerverfahren bestimmte Vorzüge eigen sind, die sich mit andern Techniken nicht erreichen lassen.

Mehrfarbige Kataloge, bei denen es sich nicht so sehr um die Wiedergabe diffiziler Bilder als vielmehr um die farbige Gestaltung handelt, Formulare, bei deren Wiedergabe in Offset man den Satz der Linien durch einfaches Nachziehen derselben mit der Zeichenfeder erledigen konnte und ähnliche Sachen sind vielfach in den Arbeitsbereich des Offsetdrucks übergegangen. Denn bei alledem kam hinzu, daß die Offsetmaschine mit einer größeren Geschwindigkeit läuft als die Buchdruckpresse und dadurch auch in der direkten Druckleistung dem Buchdruck überlegen ist. Mit der Beschleunigung des Drucktempos vorerst an den kleineren Buchdruckpressen verfuhrte man daher, das an den Offset verlorene Gebiet wieder zu gewinnen. Die Beschleunigung des Drucktempos ist aber beim Buchdruck nicht so einfach wie beim Offset, denn während beim Offset die durch den zwischen Form- und Druckzylinder eingeschalteten Gummizylinder fast bedeutungslose Druckspannung im Rotationsprinzip übertragen wird, erfolgt der erheblich schwerere Druck auf der Buchdruckschneidpresse zunächst beim Hin- und Herlauf der Maschine. Dadurch wird das Tempo schon arg begrenzt. Aber auch durch die beim Buchdruck erforderliche größere Farbmenge von äußerster strenger Konsistenz geht der Druckvorgang nicht ohne weiteres so schnell vonstatten wie beim Offset, der mit einer ganz

ebenen Farbföhne eine ganz gleichmäßige Dedeung erreicht, wenn diese auch nicht die gleiche Farbkraft des Buchdrucks erreicht.

Einfarbige Bilderbrände kommen in Offset nicht in solcher Vollendung zur Wiedergabe wie im Buchdruck, weil dem Offset die Kraft in den Tiefen mangelt, weil es bisher überhaupt noch nicht möglich war, Bildreproduktionen in einer so reichhaltigen Tonfala herauszubringen, wie sie der Autotypie für den Hochdruck eigen ist. Wo es sich daher nur um einigermaßen ansprechende Bildwiedergaben handelte, wurde der Buchdruck immer wieder mit der Herstellung betraut. Bei großen Auflagen tritt jedoch um so länger desto mehr der Tiefdruck als Konkurrent des Buchdrucks in Erscheinung, weil auch im Tiefdruck das Rotationsprinzip den schnelleren Lauf der Maschine mit sich bringt. Da außerdem der Tiefdruck für ausgeprägtere künstlerische Drucke auf Grund seiner weichen Tiefenwirkung und der samtartigen Farbablagerung unbeschränkten Vorzüge besitzt, sind große Aufträge vom Buchdruck auf den Tiefdruck übergegangen. In vielen Fällen war der Tiefdruck mit seiner größeren Leistungsfähigkeit die Vorbedingung für das Herausföhndern großer Auflagen in kurzer Zeit. Es ist fraglich, ob manche der Tiefdruckarbeiten in anderen Verfahren jemals erschienen wären, selbst wenn es sich dabei nicht gerade um besondere Qualitätsbrände handelt. Nachdem man aber vor mehreren Jahren mit Bedauern den Übergang großer Druckaufträge vom Buchdruck auf den Tiefdruck feststellen konnte, sehen wir heute eine rückläufige Bewegung einsetzen. Wobefalaloge und Prospekte in Riesenaufgaben, die im Herbst und

müssen mehr denn je gewerkschaftlich und technisch auf der Höhe sein, um allen Gefahren gewachsen zu sein. Die nächste Monotypen-Sonderveranstaltung wird nächstes Jahr in Karlsruhe stattfinden. Hierauf hielt uns Herr D i e r e r i c h einen äußerst lehrreichen Vortrag über „Die Monotypen“. Kollege S t u t e n b a u m e r dankte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen und eröffnete die Aussprache. Wie erwartet, wurde diese sehr reichhaltig, so daß die Verammlung für alle Kollegen von großem Nutzen war. Es wurde der Wunsch laut, daß baldigst das Teilerzeugnis der Monotypie in deutscher Sprache erscheint. Nachmittags fand die Besichtigung der Firma U. O s t e r t h u s statt, wo sich noch mehrere Frankfurter Kollegen eingefunden hatten, um die Monotypie kennenzulernen. An Hand der Maschinen wurden nun die einzelnen Störungen demonstriert und den Neulingen der Gang der Maschine erläutert. Der Firma U. O s t e r t h u s an dieser Stelle unser herzlichsten Dank. Als man abends noch gemütlich beieinander saß und über das Gesehene und Gehörte debattierte, vergingen die Stunden so schnell, und der Abschied machte dem gut gelungenen Tag ein Ende. Möge die nächste Versammlung einen noch besseren Besuch aufweisen.

Halle a. d. S. In unserer B e r s a m m l u n g am 19. November gab Kollege K i e l e n b e r g den Stand des Arbeitsmarktes erkennen läßt. Ferner gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über die in letzter Zeit in Erscheinung getretenen Austritte und Ausschüsse, die sich zum Teil auf Druckerkollegen der Firma Otto Wendel beziehen. Kollege K r ü g e r teilte mit, daß das Gewerkschaftsamt eine Zeitung herausgeben will, die sich in der Hauptsache gegen die Methoden der Nazi und der K.G.D. richten soll. Ein endgültiger Beschluß darüber liegt noch nicht vor, da diese Angelegenheit noch geprüft werden soll, ob sie laienverständlich möglich ist. Kollege D r e c h s l e r wünschte das Erscheinen einer solchen Zeitung, um darin zu hören, wie es in anderen Gewerkschaften und Betrieben aussieht. Der in der Septemberversammlung zurückgegebene Antrag: Ausschluß des Kollegen Moritz Müller wegen Vergehens gegen § 10b und d des Verbandsstatuts, fand nachdem eine rege Diskussion dazu stattgefunden hatte, seine Erledigung mit der Abstimmung: für Ausschluß 109, gegen Ausschluß 90. Hierauf gab Kollege F e u e r h a n den Kassenbericht, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Wie alljährlich, so soll auch in diesem Jahre den arbeitslosen und invaliden Kollegen eine Weihnachtsfreude bereitet werden in Form einer Extrazustellung, die zum Teil durch Extrasteuer von den noch vollbeschäftigten Kollegen aufgebracht wird. Ferner sollen auch die Witwen unserer verstorbenen Kollegen mit einer kleinen Unterstützung bedacht werden. Der Antrag zur Zahlung eines Extrabetrages von 3 M. fand einstimmige Annahme.

Hannover. „Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung“ lautete das Thema, über das Kollege W i l k e (Hanneln) in unserer B e r s a m m l u n g am 25. November, nachdem die örtlichen Angelegenheiten erledigt waren, sprach. „Die Freiheit ist wie die Luft, man muß sie erkämpfen haben, um zu wissen, was sie wert ist!“ Anknüpfend an diese Worte entwickelte Redner ein Bild von der Entstehungsgeschichte des Faschismus, der sich wohlbewußt sei, daß er nur dann an Bedeutung gewinnen konnte, wenn es ihm gelinge, weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung mit seinen Schlagworten zu betören und einzufangen. Wie wenig ernst es ihm um die Erfüllung aller der Forderungen, die er aufgestellt habe, beweisen die in jüngster Zeit erst wieder erfolgten Beschäftigungsversuche der nationalsozialistischen Führer bei den Geldgebern dieser „sozialistischen Arbeiterpartei“, nämlich den Herren der Hoffnung und der Zukunft. Die Geldgeber der Nazis hätten sehr wohl erkannt, daß ein demokratisches Staatswesen zwangsläufig die Verengung des Einflusses des Kapitals zur Folge habe, deshalb benutze man diese Partei, die nach dem Rezept arbeite, unter allen Umständen die Republik verächtlich zu machen. Die gemachten Beschimpfungen der Arbeiterführer erfolgen zu dem Zweck, die Arbeiter an ihren Führern irre zu machen und in dieser Zeit wirtschaftlicher Not die niedrigsten Instinkte zu wecken. Nach M o s t a u e r Rezept sollen Zellen in den Gewerkschaften und Betrieben die Verwirrung in den Arbeiterkreisen vergrößern, doch könne man diese Bestrebungen auf einen Nenner bringen: „Welche Gewerkschaften!“ Eingehend beschäftigte sich Redner mit den von den Nationalsozialisten aufgestellten Forderungen, die lebendig dazu dienen sollen, die indifferenten Massen ein-

zufangen, denn an eine Bewirklichung denken weder die Nazis noch ihre Geldgeber. Man brauche nur nach Station zu blicken, an denerrat der Hitler und Konforten an den Deutschen in Südtirol, an die Ausfahrungen über ihre Stellung zur Erbschaftspolitik usw. Ihre Taten beweisen auch, daß, wenn sie einmal zur Herrschaft gelangen würden, nur eine Herrenrecht zu bestimmen habe und daß ein Arbeiter nicht zu dieser Herrenrecht gehören werde, sei auch dem Dummsten klar. Zum Schluß müßten wir Gewerkschaftler dem Treiben dieser Demagogen folgen, ihnen an allen Orten entgegenzutreten und für Aufklärung in den weitesten Kreisen über das Wesen des Faschismus Sorge tragen. Wie die Nazis sich die Befämpfung der Arbeitslosigkeit denken, erhelle am besten daraus, daß ihre Anhänger das Kontingent der zuwandernden polnischen Landarbeiter erhöht wissen wollen, während der deutsche Landarbeiter arbeitslos sei. Dieses alles unter der Marke „National“. Wir Gewerkschaftler seien uns unserer Pflicht gegenüber den Arbeitslosen stets bewußt, was unsere Taten beweisen. In der Aussprache brachte ein Kollege eine Muttersammlung von Nazi-Führern der Verammlung dar, aus der nur festzustellen ist, daß es nicht nur Fremdenörder sind, die sich zu „Bonzen“ der Nazis eignen, sondern auch Einbrecher, Sittlichkeitsverbrecher, Zufahrter usw., deshalb habe Hitler wohl auch vor dem Staatsgerichtshof angeklagt, daß er seine Leute am edlen Bild erkenne. Die Versammlung sang aus in dem vom Referenten gebrauchten Schlußwort: „Wo keine Freiheit ist, ist auch kein Vaterland!“

Kiel. (S a n d s e t z e r.) Der Vorstand unserer Vereinigung hatte die Vorsitzenden der Handfegervereinigungen im Gau Schleswig-Holstein zu einer B e s p r e c h u n g nach Kiel zum 9. November eingeladen. Betreten waren die Vereinigungen von Flensburg, Schleswig, Neumünster, Sphob, Glückstadt und Kiel. Die Pinneberger Vereinigung hat sich Hamburg angeschlossen. Als Gäste nahmen an der Tagung teil Gauvorsitzer Brüder und der Vorsitzende der Maschinenfegervereinigung, Kollege K o h n; außerdem ein Kollege aus Oldesloe. Der Vorsitzende der hiesigen Vereinigung, Kollege S c h i m p k e, bot allen ein herzlich willkommen. Das allseitige Erscheinen beweihe ihm, daß das Interesse an der Sparte groß sei. In kurzen Zügen äußerte er sich über den Zweck der heutigen Tagung und gab die Tagesordnung bekannt. Diese fand die Genehmigung der Teilnehmer, und man trat in die Verhandlung ein. Beim Punkt „Zusammenfluß der Handfeger im Gau Schleswig-Holstein“ wies der Vorsitzende darauf hin, daß darüber Beschluß zu fassen sei, ob wir für eine Bezirksabteilung im Gau seien oder es bei dem bisherigen Verhältnis belassen wollten, wonach von der Kieler Handfegervereinigung alles geregelt würde. Aus der Debatte ergab sich, daß für eine Bezirksabteilung noch keine rechte Stimmung war. Somit war der offizielle Zusammenfluß der Handfegervereinigungen zu einer Gauvereinigung mit Kiel als Vorort vollzogen. Die Oldesloer Mitglieder, die bisher der Kieler Vereinigung angehört, wurden der Vereinigung Neumünster angeschlossen, weil für jene besser zu erreichen. „Gewinnung der Handfeger, die der Sparte noch fernstehen“, war der nächste Punkt. Der Vorsitzende erklärte, daß im Gau die Handfeger zu drei Fünfteln in der Sparte organisiert seien. An sich gewiß ein erfreuliches Resultat, doch könne es noch nicht befriedigen, da die Handfegerkollegen in einigen größeren Druckorten sich noch nicht zur Sparte gefunden haben. Er sprach den Wunsch aus, daß die bestehenden Vereinigungen alles versuchen müßten, die umliegenden Orte für unsere Sache zu gewinnen. In der Debatte wiesen alle Redner darauf hin, daß man diesem Wunsch gern Rechnung tragen wolle, jedoch scheitere alles an der schlechten Finanzlage der Vereinigungen. Herbeigerufen ist diese schlechte Lage durch die Erwerbslosigkeit der Mitglieder, die an einem Ort 50 Proz. beträgt. Es wurde beschlossen, anstehenden an Bezirksversammlungen des Gau Handfeger-Werbestimmungen einzuberufen, um die der Sparte fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Beim Punkt „Maternaaustausch“ schilderte zweiter Vorsitzender P e t e r s e n, welcher großen Umfang hauptsächlich der Maternaaustausch für Inserate angenommen hat und wies darauf hin, daß mancher Handfeger untergebracht werden könnte, wenn dieser Arbeitsstand nicht zu vergleichen wäre. Es beteiligten sich alle vertretene Orte an der Aussprache, und es war festzustellen, daß selbst die kleinsten Orte mit Matern beliebert werden.

An einem Ort fehlt eine Zeitung die Anzeigen und liefert die Matern an alle übrigen Zeitungen am Ort und auch nach außerhalb. Eine Zeitung in der Provinz nimmt die Anzeigen nur auf, wenn sie die Matern bekommt. Es wurde einstimmig beschlossen, an den Gauvorsitzenden folgenden Antrag einzubringen: „Der Gauvorsitzende wird ersucht, in einem Rundschreiben den Auftraggebern von Anzeigen die Folgen des Maternaaustausches vor Augen zu führen und sie zu bitten, in Zukunft davon abzusehen, um die Erwerbslosigkeit einzuwammen, zumal die Inserenten durch den Austausch keinen Vorteil haben.“ Gauvorsitzer Brüder wurde ferner beauftragt, die Maternangelegenheit bei gegebener Gelegenheit und an geeigneter Stelle erneut zur Sprache zu bringen. Beim Punkt „Beitragsregelung“ machte der Kassierer, Kollege G e i t, den Vorschlag, die bisherige Regelung, die einen Beitrag von 15 Pf. pro Monat und Mitglied vorsieht und wofür „Der Handfeger“ durch die Kieler Vereinigung geliefert wurde, bis zum 31. Dezember 1930 bestehen zu lassen, vom 1. Januar 1931 ab pro Mitglied (auch für Erwerbslose) und Monat 25 Pf. an die Gauvereinigung abzuführen. Nach ausgiebiger Debatte wurde dieser Vorschlag angenommen. Nach der Mittagspause trat man in die Verhandlungen des Punktes „Wie beleben wir unsere Handfegervereinigungen?“ ein. Es kam zum Ausdruck, daß es ungleich schwerer für uns sei, unsere Vereinnamungen durch technische Themen interessant zu machen als für die Kollegen von der Maschine. Bei der heutigen allgemeinen Versammlungsmöglichkeit ist es äußerst schwierig, die Vereinnamungen so zu gestalten, daß sie durch ihre Tagesordnung auch den Allermüdesten heranziehen. Die verschiedentlich vorgeschlagen wurden gemacht: Besprechung des Tarifs; Berechnerturms; Porträge auch auf außerberuflichen Gebieten usw. Schließlich kam man überein, es den einzelnen Vorständen zu überlassen, ihre Vereinnamungen nach ihren Gesichtspunkten zu beleben. Der Plan, eine gemeinsame Wanderversammlung mit einem auswärtigen Referenten im nächsten Jahre abzuhalten, wurde dahin geregelt, daß die östlichen und westlichen Vereinnamungen für sich eine Handfegerzusammenkunft abhalten sollen. Begründet liegt dies in der geographischen Lage des Gau, da dieser langgestreckt und durch die Bahn das Her und Hin an einem Tage in Frage gestellt ist. Der nächste Punkt lautete: „Welche Hoffnungen sehen die Handfeger in die bevorstehenden Lohnverhandlungen?“ Nach lebhafter Aussprache wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der an die Zentralkommission der Handfeger weitergegeben werden soll, der besagt, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an dem jeglichen Lohnminimum festzuhalten ist. Unter „Beschiedenem“ wurden einige Anfragen geklärt. Der Vorsitzende schloß mit Worten des Dankes für das geeigte Interesse die gut und sachlich verlaufene Tagung mit dem Wunsch, daß sie dazu beitragen möge, den Handfegern über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. Gauvorsitzer Brüder beteiligte sich bei allen Punkten in klärendem Sinn an der lebhaften Aussprache. — Die Handfegervereinigung Kiel beging am Abend vorher die Feier der Wiederkehr der vor zwei Jahren erfolgten Gründung, an welcher einige Delegierte teilnahmen.

Diegnitz. In unserer B e r s a m m l u n g am 26. November gab nach Erledigung der Eingänge „Vorländer E. S c h o l z einen eingehenden Bericht über die Bezirksvorsitzertagung in Breslau, welche sich neben Gauangelegenheiten hauptsächlich mit der Wirtschaft und Arbeitslage im Gau, insbesondere aber mit der Kündigung des Lohntarifs beschäftigte. Einstimmig erklärten sich Bezirksvorsitzer und Gauvorsitzende dafür, alles in Bewegung zu setzen und vor dem letzten Mittel nicht zurückzufahren, um den Prinzipalen die Lust zum weiteren Ansehen der Arbeiterkraft im Gewerbe zu verleiden. Am Schluß seines Berichtes forderte der Redner zum festen Zusammenhalten und einmütiger Befolgung der Anordnungen der Zentrale auf. Zu der Diskussion nach dem Bericht erklärte man sich geschlossen gegen einen Lohnabbau. Unser Lohn wurde in den letzten Monaten wiederholt durch neue Steuern, Erhöhung der Soziallasten u. a. m. reduziert, so daß heute schon der Lohn das Existenzminimum ausmacht. Der Metallarbeiterstreik sowie die Maßnahmen der Regierung bringend wurden eingehend beleuchtet. Scheinbar beschäftigt man wieder, die Schraube ohne Ende einzuführen wie in der Inflationzeit, nur dieses Mal im umgekehrten Sinne. Erst Lohnabbau und dann den vielgepriesenen Preisabbau, an den niemand glauben will

Frühjahr jedes Jahres einer ganzen Reihe Buchdruckereien lohnende Beschäftigung brachten, wurden nicht zuletzt unter dem Einfluß einer geschmacklichen Benozung des Tiefdruckverfahrens in dieser Technik gedruckt. Wenn man jetzt wieder von einer Rückkehr dieser Art zu Buchdruck sprechen kann, dann ist dies weniger auf irgendwelche wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen als auf die Tatsache, daß der Tiefdruck bei der Wiedergabe technischer Einzelheiten — in diesem Falle handelt es sich um feine Gewebe u. ä. — versagt. Wer daher die verschiedenen Stoffarten und Farböne, Stickerien und Beschläge klar zur Darstellung bringen will, der wird nach allen Versuchen mit anderen Drucktechniken doch immer wieder zum Buchdruck zurückkehren.

Für kleine Auflagen ist der Tiefdruck selbst für künstlerische Bildwiedergaben etwas kostspielig und wird immer nur da herangezogen werden, wo die Preisgestaltung keine große Rolle spielt. Das liegt in der Formgewinnung begründet. Die auch für die kleinste Bildform erforderliche Ummantlung eines ganzen Kupferzylinders ist unständlich und teuer. Nun hört man in den letzten Monaten hin und wieder von Versuchen, den geschlossenen Kupferzylinder durch einfache Kupferbleche zu ersetzen, die wie die Offsetplatte gehandhabt werden können. Es sind auch für diesen Plattenstempel schon zwei Maschinen konstruiert worden, und die Qualität der aus bisher zu Gesicht gekommenen Drucke läßt nichts zu wünschen übrig. Probeabdrucke sind jedoch niemals für die Wirtschaftlichkeit eines neuen Verfahrens entscheidend und so müßten wir auch hier die Erfolgsfrage der wirklichen Praxis abwarten. So einfach die Tiefdrückung der Kupferplatten, so billig durch Verwendung der

dünnen Bleche an Stelle der Zylinder der Herstellung und damit der ganze Druckprozeß, so wenig raumbesparend die Aufbewahrung ausgedruckter Formen für spätere Nachdrucke, so einfach und schnell das Einspannen der dünnen Bleche in die Kennvorrichtung des Plattenzylinders im Gegensatz zu der unständlichen Manipulation beim Einbringen des geschlossenen Kupferzylinders, so unsicher ist zur Zeit noch der Druckprozeß eben durch die Verwendung dieser Bleche. Zum Einspannen der Bleche muß nämlich an Stelle des geschlossenen Zylinders ein solcher mit einem Kanal für die Aufnahme der Plattenstempelvorrichtung treten. Während nun die Farbrakel bei dem vollkommen runden Zylinder immer gleichmäßig aufliegt, hat sie bei dem mit einem Blech bespannten Zylinder immer den Kanal zu überwinden. Die auf der eigentlichen Druckfläche glatt geführte Rakel wird also jedesmal in die Kanalerktiefung hineingeleitet und muß dann auch jedesmal wieder herausgeführt werden. Das geht nicht ohne Störung und Anfahrtschwierigkeiten, und wer da weiß, was für ein empfindliches Instrument gerade die Rakel ist, wird mit uns daran zweifeln, daß es jemals gelingt, in wirtschaftlichem Betrieb mit schwingender Rakel zu arbeiten.

Da es gerade Qualitätsdrucke sind, die zum Tiefdruck abzuwandern, ist es nicht zu verwundern, daß sich einige bekannte Spezialdruckereien bemühen, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. In engster Zusammenarbeit mit technischen Abteilungen wurden Methoden ausgearbeitet, nach denen es möglich ist, feinspritzige Autotypien auf ungeführten, ja rauhen Papieren zu drucken. Auch die Farbenfabriken haben sich in den Dienst der Sache gestellt. Es sind

auf diese Weise Bilderdrucke zustande gekommen, die nur der geschulte Sachmann von wirklichen Tiefdrucken unterscheiden kann. In der maschinentechnischen Zeitschrift des Bildungsverbandes, „Der Graphische Betrieb“, wurde letzthin das ganze Problem von allen Seiten durchleuchtet und der Beweis dafür erbracht, daß es nicht nur wirtschaftlich ist, nach diesem Prinzip tiefdruckähnliche Erzeugnisse zu erstellen, dieses Buchdruckverfahren hat auch in bezug auf die Bildwiedergabe noch Vorzüge vor dem echten Tiefdruck, die es sowohl für technische Abbildungen wie für Architekturen usw. besonders geeignet erscheinen lassen. Ohne auf weitere Einzelheiten der verschiedenen Techniken hier noch näher einzugehen, glauben wir doch den Beweis erbracht zu haben, daß dem Buchdruck weder aus der eigenen maschinentechnischen Entwicklung noch aus der Verwollkommnung der benachbarten Druckverfahren so schwere Gefahren drohen, daß wir Buchdrucker dadurch Anlaß zu besonderer Besorgnis um unsre und die Zukunft unsres Nachwuchses hegen brauchen. Es ist natürlich mehr denn je erforderlich, daß sich die Buchdrucker mit allen Einzelheiten der fortschreitenden Technik vertraut machen, um sich jederzeit auf die neuen Erfordernisse umstellen zu können. Davon sollte man sich auch durch die augenblicklich sehr schlechte wirtschaftliche Lage nicht abhalten lassen. Letzten Endes hängt für den einzelnen sowohl wie für die Allgemeinheit sehr viel davon ab, welche Leistungen vollbracht werden. Zu untersuchen, welche Gegenleistungen der in allen Sätteln gerechte Gehilfe zu beantragen berechtigt ist, gehört nicht in den Kreis dieser Betrachtungen. Hier sollte nur der Einfluß der Technik auf die berufliche Lage untersucht werden.

und kann. Man soll dort abhauen, wo es angebracht ist: bei Direktoren und Angestellten mit hohen und höchsten Gehältern und nicht bei den Arbeitern, bei denen der heutige Lohn kaum zum Lebensnotwendigsten reicht. Alle Redner stimmten darin überein, daß ein Lohnabbau nicht der richtige Weg zur Behebung der Krise ist und man sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren will. Mit dem Dank der Versammlung an den Vorsitzenden für seinen ausführlichen Bericht ging man zur weiteren Beratung der Tagesordnung über. Nach Erledigung einiger Ortsangelegenheiten und Festlegung der Weihnachtsgaben an hilfsbedürftige Kollegen erreichte die interessante und eindrucksvolle Versammlung ihr Ende.

Magdeburg. (Maschinenfeker.) Unsere Versammlung am Aukttag war recht zahlreich besucht. Vorsitzender H. F. Tenberg eröffnete die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Beim folgenden Punkt, "Tarifliches", sprach der Vorsitzende über die kommenden Lohnverhandlungen und ermahnte die Kollegen zu festem Zusammenhalt, um so allen Lohnabbaubestrebungen geschlossenen entgegenzutreten zu können. Das Anlernen an der Schmalzschneide stand dann zur Aussprache. Auf Grund vorgelegener Streitfälle gelangte eine Entschlüsselung zu einstimmiger Annahme, in der der Wunsch nach einer anderweitigen tariflichen Regelung des Anlernens an der Maschine zum Ausdruck kommt, zumal unter den Maschinenfeker die Arbeitslosigkeit immer größer wird. Mit einer Aussprache über technische Fragen und dem Hinweis auf eine geistliche Zusammenkunft zu Silvester fand die Versammlung ihren Abschluß.

Offenbach a. M. (Handfeker.) Unsere Quartalsversammlung am 5. November hatte unter schlechtem Besuch, namentlich der jüngeren Kollegen, zu stehen. Kollege Hügel gab einen kurzen Bericht vom ersten Handfekerfest in Gießen. Besonders wurde hervorgehoben, daß im Gau überall Handfekervereinigungen beständen, außer in Hanau und Marburg. Bedauert wurde, daß nicht einmal die Hälfte aller Handfeker den Weg zu ihrer Sparte gefunden hat. Festgestellt wurde weiter, daß in hiesiger Vereinigung zwei Drittel aller Handfeker organisiert sind. Der Kassierbericht des Kollegen Meier wurde entgegengenommen und ihm einstimmig Entlastung erteilt. Ein Vortrag, "Streifzüge durch den Lari", gehalten vom Kollegen Hügel, fand allgemeine Anerkennung. Unter "Mitteilungen" gab der Vorsitzende bekannt, daß an alle Firmen, die den Warenaustausch pflegen, ein Schreiben, das das unbillige Verhalten den Handfeker gegenüber zeigt, gelangt sei, aber bis dato noch keine Antwort eingegangen wäre.

Darmstadt. (Maschinenfeker.) Am Gedanktag der Staatsumwälzung hatten wir unsere Herbstversammlung. Die Einladung hatten die Bezirkskollegen recht zahlreich Folge geleistet. Nur der Ort Welle glänzte durch Abwesenheit. Am Vormittag fand in der "Drucker-Gesellschaft" ein Demonstrationsvortrag statt. Kollege Heimege stellte sich, wie so oft, als Vortragender gern zur Verfügung. Der Firma für ihre Bereitwilligkeit unsern besten Dank. — Nachmittags vereinigten sich die Kollegen aus der Bezirksversammlung. Im Mittelpunkt stand die Besprechung der Lohnforderungen der Handfeker, Kollegen Schwab (Hannover). Von den politischeren zur gewerkschaftlichen Lage übergehend, verstand es der Redner, auch unsere "häuslichen Angelegenheiten" jedem verständlich zu machen. Der starke Beifall am Schluß seiner Ausführungen war wohlverdient. — Um dem Tag eine gewisse Rundung zu geben, kam die Gelogtheit zu ihrem Recht. Hier erwies sich, daß besonders die älteren Semester noch nicht unter den Wagen der Rationalisierung gekommen sind.

gz. Schleswig. Unsere verhältnismäßig gut besuchte Versammlung am 22. November nahm nach Erledigung einer Reihe von Eingängen und Mitteilungen, Erstattung des Kassens- und Kartellberichts zum Punkt "Weihnachtsbescherung für arbeitslose Kollegen usw." Stellung. Man war einmütig der Ansicht, daß auch in diesem Jahr den erwerbslosen Kollegen zu Weihnachten eine Zuwendung gemacht werden müsse. Ein bestimmter Betrag wurde aus der Ortskasse bewilligt. Außerdem soll innerhalb der in Arbeit stehenden Kollegenschaft eine freiwillige Sammlung veranstaltet werden, zu der jeder nach Kräften sein Teil beisteuern möge. Zur Zeit beträgt die Zahl der erwerbslosen, kranken und invaliden Kollegen ein Drittel der Gesamtkollegenschaft. Wie bisher, soll auch den Invaliden und Kollegenswitwen in diesem Jahr zu Weihnachten eine Aufmerksamkeit zuteil werden. Recht interessant war das nun folgende Referat, "Zur Frage: Lohn- und Preisabbau", das als Einleitung zur Diskussion über dieses aktuelle Tages Thema gedacht war. Der Referent, Kollege G. Böttger, verbreitete sich zunächst über das Problem Lohnabbau, Preisabbau und Anrufelung der Wirtschaft und sprach dann u. a. über den Beamtenlohnabbau, vom Berliner Metallarbeiterstreik, über die Lohn- und Preisentsorgung der Brünnl-Regierung sowie über die kommenden Lohn- und Tarifverhandlungen. Er schloß mit der ersten Mahnung, in diesen schweren Zeiten besonders einig zu sein, zusammenzufassen und die Gewerkschaften zu stärken, damit den starken Anstürmen ein noch stärkerer und standhafter Wall entgegengekehrt werden könne. Eine kurze Aussprache folgte diesem interessanten und inhaltlich gut fundierten Referat. Nachstehende Entschlüsselung an den Verbandsvorstand wurde dann einstimmig angenommen: "Die Versammlung des Ortsvereins 'Gutenberg' Schleswig am 22. November hat sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Lohn- und Preisabbaufrage beschäftigt. Sie legt allerhöchsten Protest ein gegen Veruche, die Wirtschaftsanterieung auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse durchzuführen. Sie erwartet, daß mit allen Mitteln versucht wird, das wirtschaftliche Manifest des ADGB, in die Tat umzusetzen, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden mit dem gesetzlichen Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung. Das Lebensniveau der Arbeiterklasse steht auf einer so niedrigen Stufe, daß eine Lohnzurücknahme nicht in Frage kommen darf. Nur Stärkung der Kaufkraft durch eine gerechte Lohnzulage hebt den Absatz und schafft neue Arbeit. Wir erwarten, daß der Verbandsvorstand bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen die gerechten Forderungen der Gewerkschaft durchsetzt oder sie mit den stärksten Mitteln erkämpft." Nachdem unter "Verschiedenem" noch einige Fragen ihre Erledigung

gefunden, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit der Bitte, durch guten Veranlassungsbesuch mehr noch als bisher das Interesse für unsern Verband zu betonen.

Straubing. Unsere Bezirksversammlung am 23. November war von 20 Kollegen aus Straubing, 9 aus Deggendorf, 7 aus Landau und einem Kollegen aus Plattling besucht. In Vertretung des wegen Erkrankung verhinderten Vorsitzenden Straßer begrüßte Kollege Hasenlopp (Deggendorf) die erschienenen Kollegen, insbesondere den Vertreter des Gauvorstandes, Kollegen Rumpol (Münchden). Desgleichen begrüßte Kollege Hof (Straubing) die Versammlung. Der vom Kollegen Hasenlopp erstattete Jahresbericht, wie der Kassierbericht des Kollegen Breu (Straubing) wurden von der Versammlung genehmigt. Kollege Rumpol überbrachte die Grüße des Gauvorstandes und erstattete dann ein sehr zeitgemäßes Referat über "Streifzüge durch die deutsche Wirtschaftspolitik", wofür er reichen Beifall fand. Die Ausführungen der Diskussionsredner deckten sich mit denen des Referenten. Des weiteren sprachen noch zwei Kollegen zur Lehrlingsfrage. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie sich die Kollegen zu einem eventuellen Streikverbot auf Lohnabbau, wie sie jetzt so an der Tagesordnung sind, stellen würden, gab die Versammlung die einmütige Willenserklärung ab, daß sie einen Streikverbot auf Lohnabbau ablehne. Als nächster Tagungsort wurde Landau bestimmt.

Weimar. Das grundlegende Thema zu unserer Versammlung am 14. November bildete die Notverordnung zur Sozialversicherung und Grundbesitzbesitzer des Erbschafts. Es referierte Landesverbandsgeschäftsführer Heise, der betonte, daß die Notverordnung keinen Notstand lindere, sondern eher einen schuf. Der Vortrag fand nicht aus in einer kritischen, sondern in einer grundlegenden Betrachtung, die Verschlechterungen, aber auch Verbesserungen erkennen ließ. Die Aussprache ließ erkennen, daß der Wunsch über die aufgedruckten Verschlechterungen noch nicht abgeebbt ist. Erwähnenswert ist noch ein Beschluß, demzufolge unvermeidliche Überstunden nur im Einvernehmen mit der gewerkschaftlichen Betriebsvertretung geleistet werden dürfen. Die gesamten Prozentaufschläge auf die Überstunden sind einem Fonds zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen zuzuführen. Aus der Bezirksliste wird den Arbeitslosen, wie bereits im Sommer, zum Winter wieder eine Sonderzuwendung von 10 bzw. 5 M. gewährt.

Allgemeine Rundschau

Arbeitslose Kollegen zur Beachtung empfohlen. Bei gelegentlicher Nachprüfung von Leittungsarten der Invalidenversicherung, die im Besitz arbeitsloser Kollegen sind, hat sich herausgestellt, daß verschiedene Leittungsarten schon überfällig waren. Aus diesem Grunde sei arbeitslosen Kollegen dringend geraten, ihre Invalidenarten auf den Ablaufstermin (zwei Jahre nach Ausstellung) hin zu prüfen, um sich eventuell eine neue Karte ausstellen zu lassen. Ferner ist darauf zu achten, daß inner halb der letzten zwei Jahre mindestens 20 Wochen gearbeitet sind. Wo das nicht der Fall ist, beim Arbeitsamt die Ergänzung der fehlenden Wochen zu beantragen. Werden Kollegen in der Haupt- und Krisenunterstützung ausgestellt, so ist sofort die freiwillige Mitgliederhaft bei der Ortskrankenkasse zu beantragen. Beitragszahlung in einer niederen Lohnstufe ist möglich. Außerdem sind die Aufrechnungsbefreiungen daraufhin zu prüfen, ob in dem Zeitraum der aufgerechneten Karte gefallene Krankheitszeiten darin verzeichnet sind. Ist dieses nicht der Fall, verlange man von seiner Krankenkasse auf einem für diesen Zweck bestimmten Formular eine Befreiung über die Dauer der Krankheit. Bei Rentenansprüchen werden diese Zeiten nach Klasse 2 in Anrechnung gebracht.

Kein Abzug vom Beihilfsgeld bei verlängerter Arbeitszeit. In völlig überflüssiger Weise wurde in Nr. 97 der "Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker" die Frage aufgeworfen, ob bei Einführung von Kurzarbeit eine Kostgelderhöhung der Beihilfe statthaft ist. Das Prinzipalsorgan bezieht sich dabei auf Urteile des Reichsarbeitsgerichts in der letzten Zeit, woraus unrichtig zu erkennen sei, "unter welchen Voraussetzungen Beihilfen bei Kurzarbeit Abzüge vom Kostgeld gemacht werden können". Demgegenüber sei betont, daß durch unser tarifliches Reichsgerichtsamt über die Frage des Kostgeldabzugs für Beihilfe wegen Kurzarbeit oder Feiertage klar und eindeutig durch mehrere Urteile entschieden worden ist. Im Urteil vom 16. November 1926 (§ 23, Blatt 23) der gesammelten Entscheidungen) und in späteren Entscheidungen wurde der Abzug mit der ausdrücklichen Feststellung verneint, daß Beihilfe keinen Lohn erfassen und daher die Bestimmungen für Lohnabzüge gegenüber Gehilfen auf Beihilfe nicht anwendbar sind. Damit ist durch unsere eigene Gerichtsbarkeit absolut klares gewerbliches Recht geschaffen worden.

Influencer Konkurrenzmanöver. Zu welchen Mitteln Buchdruckerbetriebe greifen, um Mitkonkurrenten bei Vergebung von Druckaufträgen aus dem Felde zu schlagen, zeigt ein gebrauchtes Rundschreiben, das der Verwaltung der Ortskrankenkasse in Weissenburg (Bayern) zuging, "und dem folgende Anmerkung beigelegt worden war: "Sehr geehrte Verwaltung! Leider ist es uns nicht möglich, Ihnen unsere Firma in der oben angebeuteten Weise bekannt zu machen. Sie würden dadurch auch nur unsern Namen kennen und niemals unsere konkurrenzlosen Preise erfahren. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen auf der Rückseite einen Auszug aus unserer Preisliste zu unterbreiten. Unsere Preise verstehen sich vollkommen verpackungs-, post- bzw. frachtfrei. Ferner berechnen wir für Säuberungen keinen Aufschlag, damit Sie Ihre Formulare vollkommen nach Ihrem Wunsch herstellen lassen können. Um auch mit Ihrer Kasse in Geschäftsverbindung zu kommen, haben wir uns entschlossen, für jeden Auftrag von 100 M. Ihnen als Anerkennung eine gut gemästete Gans von 8 bis 10 Pfund ganz unkonst zu übersenden. In der angenehmen Erwartung, daß Sie sich dieses außerordentlich günstige Angebot zunutze machen und uns Ihre geschätzten Aufträge baldigst überweisen, zeichne mit

vorzüglichster Hofhaltung Kottalia-Verlag G. Eberhardt, Pfarrkirchen." Eine gut gemästete Gans ist eine gute Gabe Gottes, sagt sich der Pfarrkirchner Brinjalp. Hoffentlich ist er seinen Gehilfen gegenüber ebenso pbenabel.

Vertrauliche Stiftung für die Deutsche Bühnerei in Leipzig. Der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Hans Otto hat, um das Andenken an seinen im Jahre 1929 verstorbenen Bruder, den Verlagsbuchhändler Dr. Kurt Otto, Inhaber des altangelegenen Verlagsbureaus Bernhard Taubnitz, zu ehren, der Deutschen Bühnerei die gesamten ihr noch fehlenden Bände der "Taubnitz Edition", der bekanntesten Sammlung britischer und amerikanischer Autoren, geschenkt. Von dieser im Jahre 1841 gegründeten Sammlung, die bald Weltfama erlangte und heute nahezu 5000 Bände umfaßt, besaß die Deutsche Bühnerei noch nicht die vor ihrem Gründungsjahr 1912 erschienenen Veröffentlichungen, insgesamt 4378 Bände, die ihr nimmere bis auf wenige vergriffene, die antiquarisch beschafft und nachgeliefert werden, zugefallen sind. Die geschehenen Bücher, die den anspruchreichen Originalen inbänd, teils in Ganzleinen, teils in Halbleder, aufweisen, werden als eine geschlossene Sammlung aufgestellt und durch ein eingefügtes Exlibris als "Stiftung Dr. Kurt Otto" bezeichnet. Die Stiftung bedeutet eine wertvolle Bereicherung, für die Verwaltung wie die zahlreicheren Benutzer der Deutschen Bühnerei dem Stifter in gleicher Weise dank wissen.

30 000 monatliche Besucher in der Deutschen Bühnerei. Die Benutzung der Deutschen Bühnerei hat in den beiden letzten Monaten zum ersten Male das 30. Tausend überschritten. Die Zahl der Besucher betrug im Oktober 31 001 an 26 Öffnungstagen, das sind durchschnittlich 1196 für den Tag, und im November 30 112 an 24 Öffnungstagen, das sind 1255 täglich. Gegenüber dem Vorjahr, in dem die betreffenden Monate einen Tagesdurchschnitt von 615 und 650 Besucher aufwiesen, hat sich die Benutzung nahezu verdoppelt.

Wirtschaftsnot und Jugendarbeit. Die für die jüngere Arbeiterschaft besonders nachteiligen Wirkungen der großen Arbeitslosigkeit bildeten den Ausgangspunkt für die Erörterungen in einer vom Vorstand des ADGB einberufenen Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendleiter, die am 27. und 28. November in Berlin stattfand. Es wurden Vorschläge besprochen, die auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Jugendlichen abzielen. Ferner wurden Mittel und Wege besprochen, die es den Gewerkschaften am besten ermöglichen, für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen jüngeren Gewerkschaftler zu sorgen und mit ihnen Verbindung zu behalten. Die Konferenz stimmte einmütig der Ansicht zu, daß trotz der Anspannung der Zeit versucht werden müßte, die seit Jahren nicht vom Fleck gekommene Jugendbeschäftigung vorwärts zu treiben. Die noch aus der Vorkriegszeit stammende Regelung der Nacharbeit Jugendlichen und die Tatsache, daß die von den Jugendlichen zum Besuch der Berufsschule benötigte Zeit nicht als Arbeitszeit gewertet wird, weil eine entsprechende gesetzliche Bestimmung fehlt, zwingen zu baldigen gesetzgeberischen Maßnahmen. Man war sich dabei klar darüber, daß in einem etwaigen Jugendbeschäftigungsgesetz der Ferienanspruch für Jugendliche und der Wochenendzuschlag "gehört" werden müßten. Es wurde dem ADGB überlassen, die geeigneten Schritte für eine Verbesserung des gesetzlichen Jugendbeschäftigung in die Wege zu leiten. Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit beeinträchtigen den Umfang der Jugendarbeit. Trotz der schwierigen Situation, die durch die erhebliche Verletzung der Aufwendungen öffentlicher Stellen für Zwecke der Jugendpflege vergrößert wird, sollen alle Gewerkschaften Veranstaltungen und Einrichtungen für die jüngeren Erwerbslosen treffen und fördern. Die Sparmaßnahmen der Behörden dürften nicht dazu führen, diese Veranstaltungen zu unterbinden. Es wurde im Gegenteil die Bereitstellung von mehr Mitteln als bisher für notwendig erachtet. Die von den Gewerkschaften an der Jugend zu leistende Erziehungsarbeit hat sich in ihrer Grundbestimmung gerade in der gegenwärtigen Krise als richtig und notwendig erwiesen. Gegenüber dem massenhaft wuchernden Wanderlolauben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gilt es, zu zeigen, daß die komplizierten Zusammenhänge der menschlichen Gesellschaft zunächst gesehen und verstanden werden müssen, bevor an ihre Umgestaltung zu denken ist. Die Jugendveranstaltungen und Jugendzeitchriften der Gewerkschaften haben nach Ansicht der Konferenz hierüber eine Hauptaufgabe zu erfüllen. Die Konferenz erließ sich dafür, daß nach einem in den Grundzügen einheitlichen, vom Jugendsekretariat des ADGB, zu erarbeitenden Fragebogen die Verbände mindestens halbjährlich Berichte von ihren Jugendabteilungen einzuordnen hätten. Nach den von den Verbänden zusammengestellten Ergebnissen würde dann der ADGB, alljährlich einen Überblick über die geleistete Jugendarbeit zu geben haben. Für wünschenswert wurde weiter gehalten, daß die Verbände eine vergleichbare Übersicht von der Entwicklung der Beschäftigungs-, des Urlaubs und anderer tariflicher Sonderbestimmungen für Jugendliche ermöglichen. Die von den Jugendabteilungen durchzuführende Berichterstattung soll mit dem 1. Januar 1931 einsehen. Der Jugendleiterkongress ging eine Besprechung mit den Sachbearbeitern der Verbände über die Bildungsfragen voraus, die sich mit dem Problem der Verlagerung der Schulspflicht sowie mit der Reform der Gewerkschaftersausbildung in Preußen beschäftigte.

Die Gewerkschaftsfeindschaft des Stahlhelms. Einen überzeugenden Beweis von der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung des Stahlhelms und von seiner engen Zusammenarbeit mit dem industriellen Unternehmertum liefert nachstehendes Rundschreiben des Reichsführers Studentrat Franz von der Geraer Stahlhelmsgruppe:

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Druckgruppe Gera

Gera, den ... 1930.
Fernsprecher Nr. 411.

Sehr geehrter Herr!

Der 2. Rundschreiber des Stahlhelms, Oberleitnant Tillerberg, hat wiederholt, so in Gera am 14. 10. 30 und in Weimar am 28. 10. 30, darauf hingewiesen, daß die Industrie mehr als bisher darauf bedacht sein sollte, ihre Betriebe in allererster Linie - neben den Leistungen voranzuführen - mit nationalen Arbeitnehmern zu besetzen, um auf diesem Wege den Kampf gegen die Monopolstellung der marxistischen Gewerkschaften erfolgreich aufnehmen zu können. Es sollten daher bei Entlassungen von Arbeitskräften grundsätzlich die nationalen Arbeitnehmer bevorzugt werden. Noch wichtiger ist

